



**Gabriela Heinrich**


Mitglied des Deutschen Bundestages


**Martin Burkert**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227-75844

 (030) 227-76844

[gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

[martin.burkert@bundestag.de](mailto:martin.burkert@bundestag.de)

29.08.2017

## **SPD will Kita-Gebühren abschaffen**

**Frühkindliche Bildung sollte gebührenfrei sein und Familien mit kleinen Kindern stärker im Fokus der Familienförderung stehen. Dies fordern die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriela Heinrich und Martin Burkert und sprechen sich für die Abschaffung der Kita-Gebühren aus.**

Rund 250 Euro im Monat kostet ein ganztägiger Krippenplatz in einer städtischen Kita in Nürnberg. In anderen Krippen erreichen die Gebühren mitunter die doppelte Höhe. Für **Gabriela Heinrich** und **Martin Burkert** muss sich das ändern. „Bildung sollte von Anfang an gebührenfrei sein, zumal es auch Chancengerechtigkeit geht“, so **Heinrich**. Ermäßigte Kita-Gebühren seien dabei keine Lösung, denn auch diese können eine Hemmschwelle sein. Auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien Kita-Gebühren schädlich. „Wenn man am Ende nur dafür arbeitet, die Kita-Gebühren bezahlen zu können, dann läuft irgendwas schief“, so **Heinrich**.

Beim Thema Kita-Gebühren gehe es jedoch nicht nur um das Prinzip gebührenfreier Bildung, sondern auch um gezielte Familienförderung, erläutert **Burkert**. „Familien mit kleinen Kindern verdienen die stärkste Unterstützung des Staates. Genau in dieser Familienphase setzen aber die Kita-Gebühren ein und belasten die Eltern. Das wollen wir ändern“, so **Burkert**. Die Abschaffung der Kita-Gebühren sei für junge Familien wesentlich effektiver, als nur das Kindergeld um ein paar Euro zu erhöhen, wie es die Bundeskanzlerin wolle. In SPD-geführten Bundesländern wie Rheinland-Pfalz gebe es bereits Gebührenfreiheit. „Jetzt wird es Zeit, dass der Bund eingreift, damit die bayerischen Familien nicht bald die einzigen sind, die noch zur Kasse gebeten werden“, so **Heinrich** und **Burkert**.

**PRESSMITTEILUNG**